

Fränkische Zeitung

Derundfünfzigste Jahrgang.

Bezugspreise: Die Halle monatlich für zweiwöchige Auflage um 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, sechs Monate 42.00 Mark, ein Jahr 82.00 Mark.

Anzeigepreise: Die 8 gelbeilen 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark.

nr. 602.

halle, Freitag, den 24. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Und Frieden auf Erden . . .

Die Völker der ganzen Welt sehnen sich nach Frieden, nach einem Zustand, der endlich einmal die Möglichkeit bietet, überall das wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat.

Die Tage des Weihnachtsfestes sind so recht geeignet, nicht nur rein menschlich, sondern auch politisch Einkehr zu halten. Ob in den Wäldern der Eucythen die Gesühismomente angeht der Erinnerung an das, was Christus für die leidende Menschheit bedeutet, groß und tief genug sind, um dort anzugreifen zum Nachdenken, wie wenig ihr Verhalten gegenüber dem zusammengebrachten deutschen Volke mit den im Christenglauben verankerten Grundlinien wahren Menschentums übereinstimmt.

Bei uns in Deutschland steht das wesentlich anders. Hier ist alles, das Leben des Einzelnen, der Familie, der Stammesgemeinschaft, des gesamten Volkes in futureller wie politischer Beziehung, mehr auf das Gefühl, als auf den Verstand eingestellt. Das kann man für ein Glück, aber auch für ein Unglück halten. Für ein Glück insofern, als diese Veranlagung dem deutschen Volke die Fähigkeit gibt, Mitleid der anderen Völker mitzuspüren und daher im allgemeinen alles zu vermeiden, was von anderen Völkern als Unrecht empfunden werden könnte.

Für ein Unglück kann man dieses Lieberwiegen des Gefühlsmomentes insofern halten, als einerseits die Massen vielschichtig indifferente Objekte der auf die Gefühlsmomente spezialisierten Parteipolitik werden. Man kann es ja täglich beobachten, daß ganze Berufsstände, ganze breite Schichten des Volkes unter dem Einfluß geschickter Demagogen die unglücklichsten politischen Dummheiten machen. Die Kämpfe, die unser heutiges Wirtschaftsleben noch immer erzittern und ihm den völligen Zusammenbruch drohen, sind Folgeerscheinungen des gefühlsmäßigen politischen Handelns der Massen. Wenn aber nur das Gefühl, die Berührung, die Unzufriedenheit, geboren aus der Not des Lebens, ohne Eingehen auf die tiefsten Ursachen und Wirkungen für die Politik, richtunggebend ist, so kommen nie niemals zu einem Frieden. In der Politik des Auslandes gegenüber unserem Volke föhnen wir den ungeliebten Einfluß des Gefühlsmomentes in dem Maß Frankreichs und anderer, ihn zu bekämpfen, weil sonst eine Befriedigung der Welt unmöglich ist.

so unbedeutend wie nur möglich, so unmenchlich wie nur denkbar.

Es besteht eine auf parlamentarischen Wege zustandgekommene Regierung, die sich die erdenkliche Mühe gibt, unter den schwierigsten Verhältnissen produktive Arbeit zu leisten. Die Männer, die sich dieser riesenschweren Arbeit unterziehen, aufzuechtigen und ihre tiefe Pflicht dem deutschen Vaterland, verbunden die wolle Anerkennung und den unvergänglichen Dank des gesamten Volkes. Und wie dankt man ihnen? Rechts und links stehen breite Schichten, die nur darauf warten, daß sie „abwirksamen“. Man denkt einmal darüber nach, was das heißt und wenn solche Katastrophenpolitik nötig ist, dem deutschen Volke lieber nicht. Wer solche Katastrophenpolitik treibt, tut es nur, weil er seine politischen Ziele einem ganzen Volke aufzuzwingen will, weil er den Willen des Volkes brechen will, indem er die von ihm gewählte Regierung künftlich und verbrecherisch an der Zubearbeit hindert, um sie hinterher als unfähig zu brandmarken.

Die Tage des Weihnachtsfestes sind so recht geeignet, über diese politischen Fragen einmal ruhig und sachlich nachzudenken. Die meisten der Sozialdemokraten, die den Christen das Recht gegeben haben und denen die Demokratie so außerordentlich wertschätzt ist, Frieden auf Erden, Frieden in Deutschland, der von allen echten Deutschen erstrebt wird, ist nicht zu erreichen mit den Mitteln des Hasses, mit Reich, Mißgunst, Eizge und Unterdrückungswillen, sondern nur, wenn die Menschheit sich wieder gegenseitig achten lernt, wenn sich die Völkern nicht im Streit und Hader zerfleischen, sondern nach dem Grundsatz leben: Gleiches Recht für alle, gleiche Pflichten für alle, Verlässlichkeit, Liebe, unendlich viel Liebe für alles, was Menschenahtigkeit trägt, und erstlicher Wille zum Guten.

Ein sozialdemokratisches Urteil über die Reichspolitik.

Auf dem mitteilstetigen Parteitag der Reichssozialdemokraten hat der Reichstagspräsident Loche über den gegenwärtigen Einfluß der Sozialdemokraten geredet. Sie habe kaum noch Einfluß in Gesetzgebung. In ihrer Sache werde aber eine deutchnationale Politik getrieben, aber ohne die deutschnationale Partei. Die Sozialdemokratie müßte daher in die schärfste Opposition treten, um die letzte bürgerliche Partei zur Mitübernahme der Regierung zu bewegen. Wenn dann die Bürgerlichen abgewirkt hätten, sei die Zeit für die Sozialdemokraten gekommen. Selbst wenn man diese Rede mit einem begrenzten Agitationsbedürfnis entschuldigen will, erscheinen die Behauptungen des Herrn Loche mehr als geragt. Seine politischen Misthaken führen zu der Katastrophopolitik der Sozialdemokratie aus früheren Zeiten zurück, aus Zeiten, die die Sozialdemokratie selbst schon überwunden hatte, und zeigen eine Formungsarbeit für die Zukunft, um die man Herrn Loche wohllich beneiden kann. Und dann ist seine Behauptung, es würde deutschnationale Politik getrieben, wirklich ein wenig kühn. Die Deutsche Volkspartei behauptet, ehe sie in die Regierung trat, sich den demokratischen Forderungen unterworfen und die völksparteilichen Minister bis her bis her den von ihnen gegebenen Versprechungen treu geblieben. Auch die Fraktion unterwirft sich dem demokratischen Programm, wenn auch manchmal mit Seitenzügen und Widersätzen, aber wie gerade die letzten Worte beweisen, küht sie sich zum Schluss doch. Das Herr Loche aber so radikal sprach, zeigt, wie verhängnisvoll die Schwächung der alten Koalition durch die Reichstagswahl war, und die Kluft zwischen „Bürgerlichen“ und Sozialisten ist wieder aufgefassen.

Das Disziplinarverfahren gegen Staatssekretär Dr. Freund.

Wie der „Deima“ so gut informierter Seite mitteilt wird, sind die Vornahmen in dem Disziplinarverfahren, das der preussische Minister des Innern Georg gegen seinen Stellvertreter Dr. Freund wegen dessen Verhaltens in den Kapp-Tagen auf Grund der Besprechung im Landtag und der dort früheren Regierungspräsidenten von Braun erfochten Beschuldigungen eingeleitet hat nahezu beendet. Der Verlauf des vom Verwaltungsgerichtsdirigenten Dr. Wagner zum Bezirksausshuß Berlin Vorunternehmung gibt jetzt ein klares Bild über die Vorgänge die bisher, je nach dem Standpunkt der Parteien, verschieden dargestellt und beurteilt wurden. Am Vormittag des 19. März meldete sich Dr. Freund bei Jagow, der die Geschäftsführe des Ministeriums übernommen hatte, an; die Rücksprache wurde jedoch gesichtslos, nachdem Geheimrat Dops der von Kapp und von Jagow entsprechende Besungen erhalten hatte. Dr. Freund mitgeteilt hatte, daß die neue Regierung auf seine Dienste zugewiesen sei. Dr. Freund hat hierauf erregt gefragt, ob er denn der einzige Beamte sei, der nicht weiter mitarbeiten dürfe und im Verlauf des Gesprächs diese Frage noch mehrmals wiederholt. Geheimrat Dops erteilte stets die gleiche Antwort und sagte ihm, daß außer dem jüngeren Herren, die dem Minister keine beigegeben waren, Dr. Freund der einzige Beamte wäre, auf dessen Mitarbeit verzichtet würde. Dieser Sachverhalt wird durch Dr. Jagows Brief nicht widerlegt, der lediglich betont, daß Dr. Freund nach seiner Inangensetzung nicht mit anderen nach unmittelbar einen Antrag oder eine Antragung auf Weiterverwendung an von

Jagow hätte gelangen lassen. Dr. Freund hat seine Unterbrechung mit Geheimrat Dops, der nach ihrem Verlauf auf dessen Bereitwilligkeit zur Weiterarbeit nicht zweifel konnte mit dem Worten geschlossen, „dann muß ich der Wagt werden.“ Auf dem Wege vom Amt nach Sauge teilte er dem ihm begehenden Staatssekretär Dr. Wetters mit, er habe auf seine Anfrage, ob er weiterarbeiten dürfe, die Mitteilung erhalten, das man auf seine Dienste zu verzichten habe, aber später, als die Situation sich verändert hatte, daß die Übernahme der Regierung durch die linksradikalen erwartet werde, rief Dr. Freund in der kritischen Nacht vom 18. zum 17. März kurz nach 12 Uhr Dr. Breitsch in seiner Privatwohnung an. Da dieser in einer Gesellschaft war, wurde ihm der Anruf durch seine Frau übermittelte. Dr. Breitsch legte sich unmittelbar darauf mit Dr. Freund in Verbindung, der zunächst wissen wollte, ob die Regierung, in die Hände der Unabhängigen übergegangen wäre. Nach einer sorglich bei der Redaktion der „Freiheit“ getroffenen Absprache teilte Dr. Freund in einem weiteren Telefongespräch Dr. Freund mit, daß die Dinge noch nicht so weit gediehen seien, aber viel Wahrscheinlichkeit für sich hätten. In den Gesprächen, die mitten in einer Gesellschaft von Politikern geführt wurden, kamen die guten Beziehungen und das bisherige gute Einvernehmen zwischen den beiden Herren besonders zum Ausdruck. Die nächsten Tage dürften über die Angelegenheit eine Entscheidung bringen.

Der nationale Gedanke.

In ihrer Wochenaußgabe vom 22. Dezember beschäftigt sich die „Halleische Zeitung“ mit dem Verlauf des demokratischen Landesparteiartages, deren Wirkungsvoller und von einer gehobenen Stimmung aller Teilnehmer getragener Beschlüsse und ihre recht unangenehm zu sein scheint. Man wünscht davon ruhig und ohne ein Wort zu berichten vorüberzugehen, denn die Demokratie wird naturgemäß darauf verzichten müssen, es den deutschnationalen rechtmachen zu können. Aber in ihrem Eifer nach der Suche von Abschwächungsmomenten gerät die „Halleische Zeitung“ auch an das von allen demokratischen Rednern mit besonderer Wärme abgelebte Wesen des nationalen Gedankens der Demokratie. Dabei entfallen ihr nachstehende Ausführungen: „Menschen, in denen diese nationale Gedanken innewohnen leben und wirken, haben nicht nötig, öffentlich darüber so laut zu sprechen, werden es auch gar nicht über sich gewinnen können, mit so viel Pathos darüber zu diskutieren.“

Das klingt sehr hüßlich! Aber diese Worte nehmen sich im Munde derjenigen, die gerade mit ihrem Nationalgefühl bisher die tollste Rhetorik getrieben, die leben, der mit ihnen nicht durch die und dünn ging, als antinational gegen verächtigt und in nicht mehr zu ubertrefsender Selbstüberhebung die alleinigen Hüter des nationalen Gedankens zu sein behaupteten, doch gar zu wunderbar aus.

Sollte die „Halleische Zeitung“ und ihre deutschnational gefundene Gesellschaft jetzt zu einer besseren Einsicht gekommen sein, so würde man das im Interesse einer endlichen Besinnung unseeres öffentlichen Lebens begrüßen müssen. Es gehört seitens der Deutschnationalen nur eines Wegens der Ausführungen der „Halleischen Zeitung in die Tat, und die Demokratie verdient gerade darauf, auch nur mit einem Wort den nationalen Gedankens und den nationalen Gedanken in ihrer politischen Arbeit besonders zu betonen. Denn für uns ist jetzt die Aufstellung maßgebend gewesen, daß nationales Empfinden ein selbstverständliches Wesenszug jeden deutschen Mannes und jeder deutschen Frau ist, die unabhängig der parteipolitischen Gegensätze in der Hingabe an den Staat und in der Mitarbeit am Allgemeinwohl ihre vornehmste Pflichterfüllung sehen.

Oben die allernächste Zeit wird der „Halleischen Zeitung“ Gelegenheit geben, dieser Auffassung über den nationalen Gedanken beizutreten und damit zu befehlen, ob ihre oben wiedergegebenen Ausführungen ernt gemeint waren oder ob sie nur auf der Suche nach Abschwächungsmomenten einer ihrer unangenehmen wirkungsvollen Rundgebung demokratischer Staatsregierung entstanden sind.

Das große Ereignis.

Die englischen Vertreter zur Tagung des Völkerverbandes in Genf sind nach London zurückgekehrt. Wie üblich, werden sie mit einem festmach Beschlüssen, zu dem auch Lloyd George in eigener Person erschienen war. Das ist dann das Wort ergriff, um dem Völkerverband und den englischen Vertretern erteilt. Auch Lloyd George hat seine Zustimmung zu dem Völkerverband in ähnlichem Sinne ausgesprochen hat. Lloyd George meinte, der Völkerverband könne sein Ziel nicht erreichen, solange ihm nicht alle Nationen angehören. Er erwähnte dabei ausdrücklich Deutschland und die Vereinigten Staaten. Aber der Völkerverband erlief ein Ziel nicht, wenn er nur eine möglichst vollständige Gemeinschaft der Nationen ist. Es gehört vielmehr dazu, daß der Völkerverband nicht nur selbst eine überstaatliche Gemeinschaft ist, sondern auch die Völker selbst zu höheren Gesellschaften erzieht. Wenn Lloyd George die Aufnahme Deutschlands davon abhängig macht, daß es seine Verpflichtungen erfüllt ist zu entgegen, daß Deutschland immer den ersten Weltkrieg nicht, das zu tun. Es ist insofern zu beachten, daß der Weltkrieg Vertrag tatsächlich etwas verlangt, was es leisten unmöglich ist. Den guten Vertragswörter auf beiden Seiten vorausgesetzt, läßt sich auch darüber eine Entscheidung finden. Immerhin ist es das nicht, was dem Völkerverband das Gepräge der Vollkommenheit verleiht, soweit diese zu es



reichen ist. In Briefen usw. wird die Weltungspolizei Deutschlands...
Das Urteil gegen den dritten Band.
Die politische Talentslosigkeit der Militärs
Preußen und Groß-Hamburg.

und falls es zu Verhandlungen kommen sollte, den Senat der
Ein neue Fraktion im Reichstage.
Sozialistische Einheitsfront in Bremen.

müsse immer bedenken, daß 60 Mill. Deutsche und 80 Mill.
Die Ablieferung der Milchkäse
Deutsches Reich.
Die Unterführung der Kleinbahnen.

Das Urteil gegen den dritten Band.
Die politische Talentslosigkeit der Militärs

Ein neue Fraktion im Reichstage.
Sozialistische Einheitsfront in Bremen.

Die Unterführung der Kleinbahnen.

Das Urteil gegen den dritten Band.
Die politische Talentslosigkeit der Militärs

Ein neue Fraktion im Reichstage.
Sozialistische Einheitsfront in Bremen.

Die Unterführung der Kleinbahnen.

Preußen und Groß-Hamburg.

Ein neue Fraktion im Reichstage.
Sozialistische Einheitsfront in Bremen.

Die Unterführung der Kleinbahnen.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Beilage

Ein neue Fraktion im Reichstage.
Sozialistische Einheitsfront in Bremen.

Die Unterführung der Kleinbahnen.

1920 oder die Komödie vom Untergang der Welt.

Ein neue Fraktion im Reichstage.
Sozialistische Einheitsfront in Bremen.

Die Unterführung der Kleinbahnen.

1920 oder die Komödie vom Untergang der Welt.

Ein neue Fraktion im Reichstage.
Sozialistische Einheitsfront in Bremen.

Die Unterführung der Kleinbahnen.

1920 oder die Komödie vom Untergang der Welt.

Ein neue Fraktion im Reichstage.
Sozialistische Einheitsfront in Bremen.

Die Unterführung der Kleinbahnen.